

In der Kanzlerpartei macht sich Ratlosigkeit breit

Nach dem desaströsen Ergebnis bei der Europawahl betreibt die SPD Schadensanalyse. Eines steht für die Parteispitze jedoch schon fest: Kanzler Olaf Scholz soll im Amt bleiben. Anderswo in der SPD wächst der Frust.

VON JAN DREBES

BERLIN So schlecht stand die SPD bei einer bundesweiten Wahl noch nie da. Nicht einmal 14 Prozent Stimmenanteil erreichte die Partei bei der Europawahl. Und das, obwohl sie den Kanzler stellt und Olaf Scholz gemeinsam mit der Spitzenkandidatin überall im Land zu sehen war. Oder lief es gerade deswegen so schlecht? Bereits im Wahlkampf hatte es Kritik

Europawahl in Deutschland

Prozentanteile der Parteien an allen in Deutschland abgegebenen Stimmen und deren erworbene Sitze im EU-Parlament, vorläufiges amtliches Endergebnis

Parteien	Prozent	Sitze
CDU/CSU	30,0	29
SPD	13,9	14
Grüne	11,9	12
Linke	2,7	3
BSW*	6,2	6
AfD	15,9	15
FDP	5,2	5
Freie Wähler	2,7	3
Piraten	0,5	0
Tierschutzpartei	1,4	1
Volt	2,6	3
Familie	0,6	1
ÖDP	0,6	1
Die Partei	1,9	2
Sonstige	4,4	1

*Bündnis Sahra Wagenknecht
SZ-GRAFIK/Anja M., QUELLE: BUNDESWAHLLEITER

aus den eigenen Reihen an dieser riskanten Strategie gegeben angesichts geringer Beliebtheitswerte des Kanzlers und der breiten Kritik am Streit in der Ampel-Koalition.

Dass der Wahlkampf schlecht gelaufen sei, heiße nicht, dass er ohne Scholz auf den Plakaten besser gelaufen wäre, sagt SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert an Tag eins nach der Wahl und nach der Präsidentsitzung im Willy-Brandt-Haus. Und er gibt zugleich zu bedenken, dass man jetzt noch keine abschließende Analyse vorlegen könne. Man müsse das „sehr schlechte Ergebnis“ aufarbeiten, betont er. Was Kühnert jedoch bereits als ein Kernproblem identifiziert hat: die starke Abwanderung früherer SPD-Wähler ins Lager der Nichtwähler – neben der Wählerwanderung hin zur Union, zur AfD und zum Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Man müsse an der Mobilisierung der Nichtwähler arbeiten, so Kühnert.

Von personellen Konsequenzen oder gar Neuwahlen wie in Frankreich will man in der SPD jedoch vorerst nichts wissen. „Ich bin im Moment überhaupt nicht mit eigenen Ambitionen beschäftigt“, sagt Spitzenkandidatin Katarina Barley. Auf die Frage, ob sie sich mit so einem schlechten Ergebnis im Rücken überhaupt erneut als Vizepräsidentin des Europaparlaments bewerben könne, weist sie darauf hin, dass in Europa eigene Gesetze gelten würden. „Das ist ein eigener politischer Bereich, wo eigene Gesetze gelten.“ So habe auch die Partei der Europaparlaments-Präsidentin Roberta Metsola in derer maltesischen Heimat Wahlschappen erlitten.

Und Kühnert betont mit Blick auf die Forderungen aus der Union nach der Vertrauensfrage im Bundestag oder einem Scholz-Rücktritt: „Das ist kein Auftrag zur Neuwahl des Deutschen Bundestags gewesen.“ Die



SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert will mit seiner Partei das schlechte Wahlergebnis aufarbeiten. Von personellen Konsequenzen oder gar Neuwahlen wie in Frankreich will man in der SPD jedoch vorerst nichts wissen. FOTO: KAY NIETFFELD/DPA

Ampel sei für vier Jahre gewählt, den Kanzler trage eine Mehrheit im Parlament. Die Parteivorsitzenden Lars Klingbeil und Saskia Esken hatten zuvor bereits Rücktrittsforderungen an Scholz zurückgewiesen.

Kühnert betont bei der Pressekonferenz in Richtung Ampel-Regierung: „Man kann das nicht in einer einfachen Aufforderung, die Zusammenarbeit müsse besser werden oder irgendeine bestimmte Entscheidung im Haushalt müsse so oder anders getroffen werden, zusammenfassen.“ Die Ampel-Koalition habe an Teile der Gesellschaft den Anschluss verloren, vor allem im Osten, in ländlichen Räumen und bei Menschen mit sehr kleinen Einkommen.

Er kündigt Konsequenzen in der Zusammenarbeit in der Ampel-Koalition an. Das gilt nach seinen Worten auch für die schwierigen Beratun-

gen über den Bundeshaushalt 2025. Der Generalsekretär weicht zwar der Frage aus, wie hart die SPD bei den laufenden Haushaltsgesprächen verhandeln werde. Es sei aber klar, dass man keine Kürzungen mittragen werde, die den sozialen Zusammenhalt gefährdeten, sagt Kühnert. Er könne sich „kein Szenario“ vorstellen, in dem die SPD einem solchen Haushalt zustimmen werde. „Das ist die klare Festlegung für uns und die Linie, über die wir nicht rübergehen werden“, betont Kühnert.

An Finanzminister Christian Lindner (FDP) richtet er die Aufforderung, im Haushaltsstreit keine scharfen öffentlichen persönlichen Sparauforderungen etwa an Ministerinnen wie Svenja Schulze (SPD) mehr zu richten. Und er bezeichnet die Aufstellung des Haushalts als Prüfstein für die Ampel. Dass mit einem ferti-

gen Haushalt aber die Wähler nicht automatisch zurückkämen zur SPD und den Koalitionspartnern Grüne und FDP, räumt Kühnert ein.

Und so herrscht am Montag nach der Wahl eine gewisse Ratlosigkeit in der SPD, die sich auch in der Fraktion breit macht. Wie soll man das Ruder noch herumreißen, insbesondere mit Blick auf die hohen Zustimmungswerte im Osten für die AfD?

Um jedwede laute Debatte darüber zu unterbinden, betonten Klingbeil, Esken und Kühnert bereits in den vergangenen Tagen und Wochen immer wieder, dass Scholz für den Bundestagswahlkampf gesetzt sei. Insbesondere in Ost-Landesverbänden macht sich aber Frust breit. Dort will man vor den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen eine Strategie sehen für Wege aus der Krise.

KOMMENTAR

Resignation in der SPD wäre falsch

Eine taumelnde, stürzende, am Boden zerstörte SPD ist seit jeher das Ziel von Rechtsradikalen. Dass nun die in weiten Teilen rechtsextreme AfD bei der Europawahl vor den Sozialdemokraten gelandet ist, trotz Faschisten und Verfassungsfeinden auf prominenten AfD-Posten, schmerzt die Spitzengenossen der Kanzlerpartei auf unerträgliche Weise. Und es sollte allen demokratisch denkenden Menschen in Deutschland eine Warnung sein. Nun den Kanzler abzusagen und statt Olaf Scholz womöglich den viel beliebteren Parteifreund und Verteidigungsminister Boris Pistorius an die Regierungsspitze zu wählen, wäre jetzt aber der falsche Schritt. Pistorius würde auf dem Kanzlersessel völlig anders beurteilt werden. Dennoch braucht es dringend einen radikalen Kurswechsel der SPD-Regierungsmitglieder, allen voran des Kanzlers, im vom Streit geprägten Ampel-Gebaren. Sonst läuft Scholz Gefahr, dass sich die Partei noch stärker und öffentlich gegen ihn wendet. Bislang ist es noch vor allem Frust im Verborgenen der Partei. Resignation in der SPD jedenfalls wäre völlig falsch, denn das würde schon den Sieg der Rechten über die Kanzlerpartei bedeuten.



JAN DREBESS

Merz und der getrübt Wahlsieg der Union

Die Union ist zwar der Wahlsieger der Europawahl. Doch das starke Abschneiden der AfD gerade im Osten trübt den Erfolg. Was machen?

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Die Freude ist dann doch eher verhalten. Obwohl die Union die Europawahl gewonnen hat und aus dem tiefen Ergebnistal der letzten Bundestagswahl deutlich herausgetreten ist. CDU-Chef Friedrich Merz betont am Tag nach dem Umengang und den Beratungen der Parteigremien in Berlin: „30,0 ist ein schönes Ergebnis, aber wir sind damit noch nicht zufrieden.“ Das hat Gründe.

Der Osten ist nun gänzlich blau, AfD-Land, und das Abschneiden des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) kommt noch hinzu. Ein Vorstandsmitglied formuliert es so: „Das ist exakt die deutsch-deutsche Grenze von früher.“ Andere weisen aber darauf hin, dass es im Westen ebenso Zuwächse der Rechten gibt. Was also tun? Schließlich sind im Herbst in drei ostdeutschen Bundesländern Landtagswahlen. Und die Blicke richten sich bereits auf die Bundestagswahl 2025. Merz betont bei seiner Pressekonferenz mit Spitzenkandidatin Ursula von der Leyen, die gerne wieder EU-Kommissionspräsidentin werden will, die Europawahl

sei eine Abrechnung mit der Ampel gewesen. „Es ist für die Parteien der Bundesregierung in Deutschland ein komplettes Desaster.“ Dass die AfD im Osten stärkste Kraft geworden sei, beunruhige ihn. „Das ist für uns alle eine Herausforderung.“ Er sagt aber auch: „Das Wahlergebnis dieser beiden Parteien, AfD und BSW, ist eine unmittelbare Reaktion auf die Politik der Ampel.“ Sie steht also in der Pflicht. Und die Union nicht? Man gehe jetzt weiter hart mit der AfD „in die inhaltliche Auseinandersetzung“, so Merz. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen von Sonntag etwa in Thüringen, wo man in allen wesentlichen Städten und Landkreisen die Stichwahlen gewonnen habe, zeige, „dass wir eine realistische Chance haben, bei den drei Landtagswahlen stärkste Partei zu werden“. Die Brandmauer zur AfD, versichert Merz, stehe auch weiterhin.

Ende Juni will der Vorsitzende bei einer Klausur erst mit dem Präsidium, dann im Bundesvorstand Konsequenzen beraten. „Insgesamt brauchen wir noch mehr Mut, zum Beispiel bei den Themen Islamismus und Sicherheit, um Vertrauen zu-

rückzugewinnen“, so der Vorsitzende der Jungen Union, Johannes Winkel, zu unserer Redaktion. Thema dürfte dann auch sein, dass man mit 30 Prozent laut Merz nur eine „Untergrenze“ erreicht hat. Manch einer in der Partei fragt kritisch, warum es nicht gelingen will, viel deutlicher von der Schwäche der Ampel zu profitieren. Aus Bayern lässt auch Markus Söder wissen, die Europawahl sei



Beunruhigt über das starke Abschneiden der AfD: CDU-Chef Friedrich Merz. FOTO: SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

eine „Abwahl der Ampel“ gewesen, ein klares Misstrauensvotum gegen den Kanzler. „Olaf Scholz ist ein König ohne Land“, stichelt Söder nach der CSU-Vorstandssitzung in München. Er spricht sich für Neuwahlen aus. Welche Konsequenzen der Bundeskanzler ziehe, „ist seine Entscheidung“, gibt sich Merz zurückhaltender. Er schließe Neuwahlen noch 2024 aber auch nicht aus.

Womit sich die Frage stellt, was der Ausgang der Europawahl für seine mögliche Kanzlerkandidatur bedeutet. Merz grinst, er habe auf die Frage gewartet. Das Wahlergebnis sei „eine Bestätigung unseres Kurses, auch meines Kurses“, betont der Vorsitzende selbstbewusst. Ein Vorstandsmitglied sagt, es sei allerdings „zu früh“, jetzt schon die K-Frage zu entscheiden. „Dann richten alle anderen die Geschütze auf den Kandidaten.“ Außerdem sei ja klar, wer es werde, auch wenn es noch keiner sagen wolle – Merz ist gemeint. Und weil das schlechte Ansehen des Kanzlers inzwischen irreparabel sei, „ist Olaf Scholz unser liebster Gegner“, ergänzt ein führender CDU-Mann.

KOMMENTAR

Friedrich, der Große?

Auch, wenn CSU-Chef Markus Söder und NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst am Abend der Europawahl erneut auf die Bremse getreten sind: Falls es morgen Neuwahlen geben sollte, wäre CDU-Chef Friedrich Merz der Kanzlerkandidat der Union. Aber nicht nur dann.

Friedrich, der Große? Alles läuft auf eine Merz-Kandidatur auch für die reguläre Bundestagswahl 2025 hinaus. Zwar ist es der Union nicht gelungen, signifikant zuzulegen angesichts der Schwäche der Ampel, aber Merz hat die CDU stabilisiert und programmatisch konsolidiert. Sollte irgendjemand einen Machtkampf um die K-Frage also noch einmal ernsthaft initiieren wollen – der Preis dafür wäre hoch: Die neue Geschlossenheit der Union, maßgeblich ein Verdienst von Merz, wäre dann dahin.

Außerdem muss man auch fragen, wer gerade im Osten mit der

so starken AfD besser reüssieren könnte von den führenden Unionisten. NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst mit seiner deutlichen Präferenz für die Grünen? Wohl kaum. Der Bayer Markus Söder? Ein Söder-Momentum, das den CSU-Mann bundesweit vermittelbar machen würde, gibt es nicht mehr. Weder im Osten, noch anderswo.

CDU und CSU sollten sich und der Öffentlichkeit daher jetzt einen Gefallen tun und Merz zum Kanzlerkandidaten ausrufen. Dann wäre die leidige Debatte endlich beendet.



HAGEN STRAUSS

Diese drei Volt-Politiker gehen nach Brüssel

VON PHILIP ZEITNER

BERLIN Mit europafreundlichen Ideen hat die Partei Volt ihr Ergebnis im Vergleich zu 2019 von 0,7 auf 2,6 Prozent Stimmenanteil verbessert. Bisher stellten sie einen Abgeordneten im Europäischen Parlament, künftig werden es drei sein. Neben einem alten Bekannten wird auch eine politische Quereinsteigerin dabei sein.

Produktion dieser Seite:
Martin Wittenmeier
Markus Renz

Damian Boeselager Spitzenkandidat Damian Boeselager hat bereits seit 2019 eine Legislaturperiode lang Erfahrungen im Europäischen Parlament sammeln können. Der gebürtige Frankfurter und frühere Unternehmensberater schloss sich dort der Fraktion der Grünen an. Zudem war er Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Fragen und gehörte der Delegation für die Beziehungen zu Kanada an. Außerdem war er stellvertretendes Mitglied in einigen weiteren Ausschüssen, darunter dem für Wirtschaft und Währung.

Der alte und neue Europaabgeordnete ist Mitgründer von Volt und sieht die Partei auch als Antithese zu rechten und faschistischen Parteien. „Ich muss dem etwas Positives entgegensetzen“, sagte der 34-Jährige im Vorfeld der Wahl. Als seine politischen Herzenthemen bezeichnet er außerdem eine innovative und nachhaltige Wirtschaft sowie eine gerechte Gesellschaft, besonders im Bereich Migration und Asyl. Als Politiker möchte er außerdem als transparent wahrgenommen werden, auf seiner Abgeordneten-Webseite veröffent-

licht er neben seinen monatlichen Büroausgaben auch, mit welchen externen Interessensgruppen er sich getroffen hat.

Nela Riehl Vom Listenplatz zwei aus wird Nela Riehl in das Europäische Parlament einziehen. Die 38-jährige gebürtige Hamburgerin wird erstmals ein politisches Amt bekleiden. Nela Riehl stammt aus einer Arbeiterfamilie und hat Wurzeln in Ghana und Deutschland und ist Lehrerin. Nach eigenen Angaben liegt ihr politischer Fokus besonders auf den

Themen soziale Gerechtigkeit und feministische Außenpolitik. Auf der Volt-Webseite schreibt sie, dass sie ihr Leben mit der Kandidatur verändert habe und nun da sei, um die „politische Landschaft zu verändern“. Die Zukunft Europas müsse eine der Vielfalt sein, illiberalen Tendenzen möchte sie entgegentreten.

Kai Tegethoff Der 39-jährige Kai Tegethoff ist der dritte in der Runde der künftigen Volt-Europaparlamentarier. Der Braunschweiger bringt politische Erfahrung mit, seit 2021 ist er

Mitglied im Stadtrat und Fraktionsvorsitzender einer gemeinsamen Fraktion aus Linkspartei, Die Partei und Volt.

Tegethoff ist studierter Bauingenieur und möchte sich besonders in den Bereichen politische Teilhabe und Mobilität engagieren und dafür seine Erfahrungen aus der Kommunalpolitik mit nach Brüssel bringen. Er sagt: „Um unsere Lebensgrundlage zu erhalten, müssen wir Mobilität komplett neu denken“, etwa mit einem europäischen Hochgeschwindigkeitsnetz für die Bahn.